



merics

Mercator Institute
for China Studies

Cyber-Abkommen mit China

Die Bundesregierung muss diese Chance zum Schutz deutscher Unternehmen vor Wirtschaftsspionage ergreifen

Von Sebastian Heilmann

(Dieser Artikel erschien in leicht veränderter Fassung am 01. November 2016 als Gastkommentar im Handelsblatt)

„Ein Anfang ist gemacht“ – so ließen sich im Sommer deutsche Regierungsvertreter zitieren, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr chinesischer Kollege Li Keqiang die erste gemeinsame Cyber-Übereinkunft besiegelt hatten. Beide Seiten bekannten sich dazu, „böswilligen Cyberaktivitäten“ vorbeugen und kommerzielle Wirtschaftsspionage „weder betreiben noch wissentlich unterstützen“ zu wollen.

Vier Monate später ist von dem angekündigten „Konsultationsmechanismus“ wenig zu sehen. Es ist die deutsche Seite, die nicht liefert: Peking hat die Zuständigkeit für digitalen Wirtschaftsschutz in der Zentralen Kommission für Politik und Recht angegliedert. Den Anweisungen des mächtigen Lenkungsorgans in der Zentrale der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) muss der Sicherheitsapparat folgen. Hierzulande wird das Thema Cybersicherheit von verschiedenen Ministerien und Behörden betreut. Für die Übereinkunft mit China sieht sich bislang keine dieser Stellen zuständig.

Dabei besteht dringender Handlungsbedarf: Auf mindestens 22 Milliarden Euro jährlich belaufen sich nach Angaben des Branchenverbands Bitkom die Schäden für die deutsche Industrie durch Cyberangriffe. Viele stammen aus China, Angreifer handeln oft im Auftrag der Nachrichtendienste, auch bei Wirtschaftsspionage. Hunderte deutsche Mittelständler aus Schlüsselbranchen wie Auto-, Maschinenbau oder IT fürchten um Datensicherheit, geistiges Eigentum und Geschäftsgeheimnisse.

Es gibt handfeste Anhaltspunkte aus den USA, dass Kooperation in Sachen Cyber-Wirtschaftsspionage wirksam sein könnte: Nach einer aktuellen Analyse der Sicherheitsfirma CrowdStrike gingen die im chinesischen Staatsauftrag geführten Hackerangriffe auf US-Firmen

Gastkommentar

Chinesische Cyberfalle



Die Regierung muss die Chance zum Schutz deutscher Firmen vor Wirtschaftsspionage ergreifen, fordert **Sebastian Heilmann**.

„Ein Anfang ist gemacht“ – so ließen sich im Sommer deutsche Regierungsvertreter zitieren, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr chinesischer Kollege Li Keqiang die erste gemeinsame Cyber-Übereinkunft besiegelt hatten. Beide Seiten bekannten sich dazu, „böswilligen Cyberaktivitäten“ vorbeugen und kommerzielle Wirtschaftsspionage „weder betreiben noch wissentlich unterstützen“ zu wollen.

Vier Monate später ist von dem angekündigten „Konsultationsmechanismus“ wenig zu sehen. Es ist die deutsche Seite, die inaktiv bleibt: Für die Übereinkunft mit China sieht sich niemand zuständig. Peking hat die Zuständigkeit für digitalen Wirtschaftsschutz in der Zentralen Kommission für Politik und Recht angegliedert. Den Anweisungen des mächtigen Lenkungsorgans in der Zentrale der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) muss der Sicherheitsapparat folgen. Hierzulande wird das Thema Cybersicherheit von verschiedenen Ministerien und Behörden betreut.

Dabei besteht Handlungsbedarf: Auf mindestens 22 Milliarden Euro jährlich belaufen sich nach Angaben

des Branchenverbands Bitkom die Schäden für die deutsche Industrie durch Cyberangriffe. Viele stammen aus China. Hunderte deutsche Mittelständler aus Schlüsselbranchen wie Auto-, Maschinenbau oder IT fürchten um Datensicherheit, geistiges Eigentum und Geschäftsgeheimnisse. Es gibt handfeste Anhaltspunkte aus den USA, dass Kooperation in Sachen Cyberwirtschaftsspionage wirksam sein könnte: Nach einer aktuellen Analyse der Sicherheitsfirma CrowdStrike gingen die im chinesischen Staatsauftrag geführten Hackerangriffe auf US-Firmen in den vergangenen 13 Monaten um erstaunliche 90 Prozent zurück. China und die USA haben seit Herbst 2015 ein Cyberabkommen.

Chinas Geheimdienste greifen zwar weiter Computernetzwerke von Staat und Verteidigungsindustrie an – doch Privatfirmen können sich etwas sicherer fühlen. Hierzulande läuft die kommerzielle Wirtschaftsspionage weiter. Berlin muss handeln: Wenn Peking eine ranghohe Parteikommission mit dem Thema beauftragt, muss Berlin auf Augenhöhe nachlegen. Eine Lenkungsgruppe aus Vertretern des Kanzleramts und der fachlich zuständigen Ressorts wäre eine wirkungsvolle Option.

In einem neuen Cybersicherheitsgesetz plant Peking Aufgaben zur Speicherung von Nutzerdaten nur innerhalb der Landesgrenze oder zur Offenlegung verschlüsselter Informationen. Nur durch hartnäckige Konsultationen auf höchster Ebene wird es eventuell möglich sein, auf China einzuwirken. China hat im Kampf gegen Cyberwirtschaftsspionage eine Tür geöffnet – Deutschland sollte diese Tür nutzen.

Der Autor ist Direktor des Mercator Institute for China Studies (MERICS) und Professor für Politik und Wirtschaft Chinas. gastautor@handelsblatt.com

in den vergangenen 13 Monaten um erstaunliche 90 Prozent zurück. China und die USA haben seit Herbst 2015 ein Cyberabkommen. Chinesische Geheimdienste greifen zwar weiterhin Computernetzwerke von Staat und Verteidigungsindustrie an – doch Privatfirmen können sich etwas sicherer fühlen.

Hierzulande läuft die kommerzielle Wirtschaftsspionage weiter. Berlin muss handeln: Wenn Peking eine so ranghohe Parteikommission mit dem Thema beauftragt, muss die Bundesregierung auf Augenhöhe nachlegen. Eine Lenkungsgruppe aus Vertretern des Kanzleramts und der fachlich zuständigen Ressorts wäre eine besonders wirkungsvolle Option.

Den Konsultationsmechanismus endlich in Gang zu setzen, ist auch wegen drohender Verschlechterungen der Bedingungen für ausländische Unternehmen in China unverzichtbar. In einem neuen Cyber-Sicherheitsgesetz plant Peking Auflagen zur Speicherung von Nutzerdaten nur innerhalb der Landesgrenze oder zur Offenlegung verschlüsselter Informationen. Nur durch hartnäckige Konsultationen auf höchster Ebene wird es eventuell möglich sein, auf China einzuwirken. China hat im Kampf gegen Cyber-Wirtschaftsspionage eine Tür geöffnet – Deutschland sollte diese Tür nutzen.

Sebastian Heilmann

Der Autor ist Direktor des Mercator Instituts für China-Studien (MERICS) in Berlin und Professor für Politik und Wirtschaft Chinas an der Universität Trier.